

West-Straße stößt auf geteiltes Echo

Grüne: Belastungsstraße

hin OSNABRÜCK. Die Politik tut sich noch schwer mit dem neuen Konzept der Entlastungsstraße West. Die Grünen lehnen sie strikt ab, die FDP ist skeptisch, die SPD orientiert sich noch, die CDU sieht das Konzept „grundsätzlich positiv“.

Anette Meyer zu Strohen (CDU), Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, ist überzeugt, dass der Westerberg eine neue Verkehrsführung braucht. Die von den Gutachtern vorgeschlagene zweispurige Entlastungsstraße könnte ein geeignetes Instrument sein, sagte die Landtagsabgeordnete. Es müsse jetzt eine tiefer gehende Studie folgen.

Ulrich Hus (SPD) sagte gestern: „Wir gehen an die Diskussion ergebnisoffen ran.“ Die Sachlage sei anders als vor zwei oder drei Jahren, als es noch um die Tunnellösung ging. Jetzt solle eine Straße mit vielen Verknüpfungspunkten in die Stadt entstehen. „Diesen neuen Argumenten müssen wir uns stellen.“ Am Vorabend hatte ein Arbeitskreis der SPD zum Thema getagt. Man ist allerdings zu keinem Ergebnis gekommen. Jetzt will sich die Fraktion in ihrer Sitzung am Montag dazu eine Meinung bilden.

Ein klares Meinungsbild gibt es bei den Grünen. Sie halten die Westumgehung, die „beschönigend Entlastungsstraße genannt“ werde, für eine „Mogelpackung“, wie Volker Bajus gestern mitteilte. Es werde in Wahrheit eine „Belastungsstraße“ für die angrenzenden Naherholungsgebiete. Ungelöst sei die Frage, wie die Rheiner Landstraße und die Autobahnauffahrt Hellern den zusätzlichen Verkehrsdruck durch die Westumgehung verkraften sollen. Mehr Verkehr, Tempo 50 und die geplanten Knotenpunkte würden eine massive Lärmkulisse mitten im meistgenutzten Naherholungsgebiet der Stadt schaffen. Besser sei eine aktive Verkehrslenkung am Westerberg.

Skeptisch reagiert auch Thomas Thiele (FDP). „Die Idee dahinter ist ja nicht grundsätzlich schlecht“, sagte der Fraktionschef. Er befürchte aber, dass aus der zweispurigen Stadtstraße am Ende doch eine vierspurige Schnellstraße werde. Eine Entlastungsstraße hätte aus seiner Sicht nur Sinn mit Tempo 30 und einem Lkw-Verbot. Die 180 000 Euro für die weiteren Planungen müssen aus dem laufenden Budget des Fachbereichs genommen werden, fordert Thiele.